

Obersten Gerichtes war, nicht noch Urteile gefällt haben, die rechtswidrig waren, und dafür zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Wir müssen jetzt das Kunststück fertigbringen, daß wir in einer guten Viertelstunde noch alle Wortmeldungen, die sich aus der Enquete-Kommission ergeben haben, abwickeln. Vielleicht kann ich die Vertreterinnen und Vertreter der Enquete-Kommission bitten, daß sie auf manche inhaltliche Dinge noch einmal reagieren. Unrechtsbereinigungsgesetz, Rehabilitierung, Entschädigung waren ja Begriffe, die immer wieder genannt worden sind. Wenn Sie vielleicht aus Ihrer Sicht dazu noch etwas sagen können?

Wir haben noch eine Wortmeldung aus dem Plenum. Bitte.

Peter Stimming: Mein Name ist Peter Stimming. Ich vertrete den Bund der Stalinistisch Verfolgten, Landesverband Berlin.

Ich möchte doch noch einmal daran erinnern, daß in diesem ersten Unrechtsbereinigungsgesetz viele Leute und viele Bürger vergessen worden sind. Da sind die deportierten Frauen, die auch schon erwähnt worden sind, und die deportierten Männer aus den Ostgebieten. Die haben sehr Schweres durchgemacht und sind meistens erst in den fünfziger Jahren wiedergekommen und wurden danach auch hier diskriminiert. Das zieht sich durch das ganze Leben. Sie sind erst deportiert worden, haben die schwere Zeit in den russischen Lagern mitgemacht, sind danach hierhergekommen und konnten keine richtige Ausbildung machen, und sie sind im Endeffekt jetzt auch wieder diejenigen, die mit den niedrigen Renten dastehen. So sieht das aus.

Andere Leute, die sich angepaßt haben, dicke Bonzen waren, kriegen jetzt die hohen Renten, mindestens 2.000 DM. Das ist eine sehr große Ungerechtigkeit diesen Leuten gegenüber.

Eine zweite Gruppe, die auch nicht berücksichtigt worden ist, sind zum Beispiel die Angehörigen der in den kommunistischen Konzentrationslagern nach 1945 Umgekommenen. Zu dieser Gruppe gehören 80.000 Menschen, die in den kommunistischen Konzentrationslagern auf dem Gebiet der DDR umgekommen sind. Deren Angehörige, die Witwen und Waisen, die damals die schwere Zeit durchmachen mußten, haben bisher keinen Pfennig gesehen und kriegen auch nach dem Gesetz nichts. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Wir werden in dieser Angelegenheit vor das Verfassungsgericht ziehen. – Das sind die zwei Gruppen, die besonders stark betroffen sind.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank für die Ergänzung. – Ich lese jetzt einmal die Wortmeldungen derjenigen vor, die ich mir aufgeschrieben habe: Herr Dehnel, Herr Krause, Frau Michalk, Herr Schröder,